

Entwicklung der Demokratie in Europa

Was für ein Europa wollen wir?

Immer mehr Gesetze und Bestimmungen, die unser Leben betreffen, werden in Brüssel gemacht. Gleichzeitig sinkt die Zustimmung zur europäischen Einigung. Gelingt es nicht, ein Europa-Bewußtsein zu schaffen, droht das Thema Europa zum Spielball für Populisten und Vereinfacher zu werden. Vor diesem Hintergrund beteiligt sich die Stiftung MITARBEIT an dem Projekt »Europäisches Bildungsvermögen durch Bürgerinitiativen und Erwachsenenbildung«. Im Rahmen dieses vom Europahaus Burgenland (Eisenstadt/Österreich) initiierten Projektes werden in zehn europäischen Ländern Studienzirkel zu Fragen der demokratischen Entwicklung Europas durchgeführt.

Schon 1993 lud die Stiftung MITARBEIT erstmals zu einem Fachgespräch »Wieviel Demokratie verträgt Europa? Wieviel Europa verträgt die Demokratie?« ein. Zwei Jahre später war sie Mitinitiatorin eines europäischen Netzwerks (InterCitizensConferences) von Bürgerbewegungen und Demokratieorganisationen. Viele Forderungen aus der bei seiner Gründung verabschiedeten Loccumer Erklärung, wie z.B. die Erweiterung der EU, sind längst realisiert. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union ist aber geblieben, und die Kluft zwischen den Entscheidern und den Bürgerinnen und Bürgern eher noch größer geworden.

Zentrales Dilemma bleibt nach wie vor das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit. Das gilt gleichermaßen für die Medien wie für die Zivilgesellschaft. Nur wenige zivilgesellschaftliche Organisationen bilden sich speziell zum Thema »Europa« oder gar »Europäische Union«. Für die meisten Organisationen ist »Europa« nur ein Thema unter vielen. Inhaltlicher Arbeit an Themen gebührt Vorrang gegenüber abstrakter »Ebenen«arbeit. Für andere, die global arbeiten, ist Europa eine Zwischenebene und die Beschäftigung mit der EU eher künstlich.

Die bestehende EU-Struktur begünstigt gut organisierte Lob-

byisten. Es besteht die Gefahr, dass nur die organisationsstarken Verbände übrig bleiben, die über eine professionelle Struktur und eine Vertretung am Sitz der EU-Kommission verfügen. Um so wichtiger sind neue und offenere Verfahren der Bürger(innen)beteiligung auf europäischer Ebene.

Der vorliegende Entwurf einer Europäischen Verfassung enthält auch aus der Sicht vieler Kritiker wichtige Fortschritte auf dem Weg

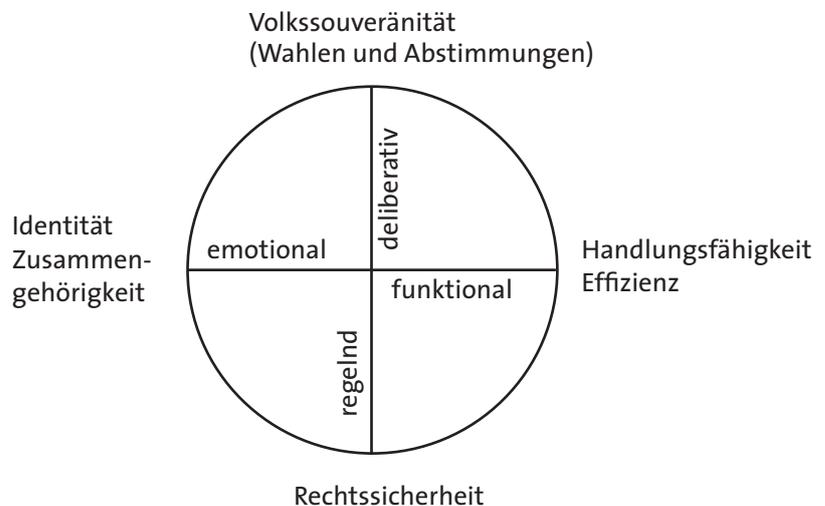
zu einem demokratischeren Europa. Zu nennen sind z.B. die verbindliche Grundrechte-Charta, die Unionsbürgerschaft (kommunales und EP-Wahlrecht, Petitionsrecht), die Stärkung des Europäischen Parlaments und die generelle Informationsfreiheit für alle Behördenvorgänge. Die EU-Institutionen sollen einen regelmäßigen und offenen Dialog mit der Zivilgesellschaft führen.

Zudem gelang es der Bewegung für Direkte Demokratie, die Europäische Volksinitiative im Verfassungsentwurf zu verankern. Eine Million EU-Bürgerinnen und Bürger aus einer noch zu definierenden »signifikanten Zahl von Mitgliedsstaaten« kann per Initiative die Europäische Kommission auffordern, Gesetzesvorschläge zu einem bestimmten Thema zu unterbreiten.

Den Fortschritten stehen aber auch erhebliche Defizite gegenüber. Die Bürgerinitiative Mehr Demokratie e.V. hat ein Positionspapier unter dem Titel »Kritik der Europäi-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Anforderungen an europäische Demokratie



Die verschiedenen Dimensionen des europäischen Integrationsprozesses

(Fortsetzung von Seite 1)

Was für ein Europa ...

schen Union aus demokratiepolitischer Perspektive« vorgelegt, in dem einige Mängel aufgelistet und dargestellt werden: die Bürger/innen können keine Referenden und Volksentscheide initiieren, es gibt kein Initiativrecht des EU-Parlaments und die EU ist stark exekutivlastig. Zudem findet die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in einem »demokratiefreie Raum« statt.

Neben diesen kritischen inhaltlichen Einwänden stellt sich das Problem, dass eine Verfassung allein keine europäische Identität schaffen kann. Dies gilt um so mehr, als die europäische Verfassung in 15 der 25 Mitgliedsländer nicht vom Volk bestätigt, sondern nur vom Parlament ratifiziert werden soll. Die Europäische Integration muss deshalb besser in den Bevölkerungen verankert werden, damit die EU kein Top-Down-Thema bleibt. Notwendig sind Visionen von dem Europa, das wir wollen. Die Zahl der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union zu erhöhen, ist als Zielsetzung zu wenig. Zudem muss geklärt und deutlich werden, welche Aufgaben und Gegenwartsfragen am besten auf europäischer Ebene anzugehen sind. Im Ergebnis wird die Europäische Integration an ihrer Wirksamkeit und nicht an ihren Idealen gemessen.

Schließlich muss Europa erlebbar und erfahrbar werden. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kommunen und Regionen leisten durch den alltäglichen Austausch und die Zusammenarbeit mit ihren Partnern bereits heute einen großen Beitrag. Es gilt, dieses Bildungsvermögen zu nutzen und neue Wege zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln.

Nähere Informationen zum Projekt »Europäisches Bildungsvermögen durch Bürgerinitiativen und Erwachsenenbildung« unter www.europahausburgenland.net. Die Teilnehmer/innen der Studienzirkel kommen vom 19. bis 22. Mai in Eisenstadt zusammen.

Das Positionspapier »Kritik der Europäischen Union aus demokratiepolitischer Perspektive« (Michael Efler & Percy Rohde) von Mehr Demokratie e.V. kann unter www.mehr-demokratie.de angefordert werden.

www.buergergesellschaft.de

Angebot erweitert

Wann findet der nächste Wettbewerb für Jugendinitiativen statt? Wie können wir die Arbeit unserer Gruppe auf der Veranstaltung gut präsentieren? Macht es wohl Sinn, eine Stiftung zu gründen und was müssen wir dafür tun? Drei Fragen aus der Arbeit von Initiativen, Vereinen oder engagierten Einzelpersonen. Antworten dazu bietet das Internetportal www.buergergesellschaft.de in einigen neu eingestellten Informationsbereichen.

Neu ist eine Datenbank zu Wettbewerben und Förderpreisen rund um die Themen Bürgergesellschaft, bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement. Geboten werden kompakte Informationen zu bundes- und landesweiten Wettbewerben und Förderpreisen und Links zu den Internetseiten oder Trägerorganisationen. Eine Suchfunktion erleichtert das Auffinden von aktuellen und abgeschlossenen Wettbewerben und Förderpreisen.

Eine weitere neue Datenbank stellt Literaturangaben zu bürgerschaftlichem Engagement und angrenzende Themenfelder zur Verfügung. Diese Datenbank ist ein Kooperationsprojekt mit dem »Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung« an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg.

Ein zentraler und besonders gefragter Bereich des Wegweisers sind die Praxishilfen, die Tipps, Anre-

gungen und Methoden zu unterschiedlichen Praxisfeldern bieten. Neu aufgenommen und online gestellt sind die Praxishilfen

- Projekte überzeugend präsentieren
- Öffentlichkeitsarbeit für Jugendliche und
- Stiftungen (neu ist das Kapitel »Eine Stiftung gründen« – in Kooperation mit dem Ratgeber Stiften der Bertelsmann Stiftung)

Mit dem Wegweiser Bürgergesellschaft wendet sich die Stiftung MITARBEIT an Initiativen, Projekte, Non-Profit-Organisationen, Wissenschaft und Politik wie auch an Bürger(innen), die sich bürgerschaftlich engagieren wollen. Aktuell besuchen monatlich 60 000 Nutzer/innen die Website. Den zweiwöchentlich erscheinenden Mail-Newsletter haben 2000 NutzerInnen abonniert, über das Mailpostfach laufen monatlich rund 300 Beratungsanfragen, Rückmeldungen und Hinweise.

The screenshot shows the website interface for 'wegweiser-buergergesellschaft.de'. At the top, there are navigation links for 'Suche', 'Kontakt', and 'Termine'. Below this is a horizontal menu with categories: 'Idee', 'Aktuelles', 'Handlungsfelder', 'Engagementförderung', 'Politische Teilhabe', 'Praxishilfen', and 'BBE'. The main content area is titled 'Datenbank Wettbewerbe / Förderpreise'. It includes a search bar with a magnifying glass icon and a dropdown menu for 'Suche nach Schlagwörtern:'. Below the search bar, there is a table with two columns: 'Wettbewerb / Förderpreis' and 'Bewerbungsfrist'. The first entry in the table is 'Schülerwettbewerb »Land der Ideen«' with a deadline of '15.04.2005'. There is also a small photo of a group of people holding certificates.

Kompakte Informationen zu bundes- und landesweiten Wettbewerben und Förderpreisen: Datenbank Förderpreise des »Wegweiser Bürgergesellschaft«

Mediation

Konfliktmanagement in der Bürgergesellschaft

Das Konzept der Mediation wurde zunächst in den USA entwickelt und hat seit den späten 80er Jahren auch in Deutschland wachsende Verbreitung gefunden. Das Anwendungsspektrum umfasst dabei so unterschiedliche Bereiche wie die Familienmediation, Schulmediation, Interkulturelle Mediation, Täter-Opfer-Ausgleich, Umwelt-Mediation und Politische Mediation.

Mediation ist ein Verfahren zur Konfliktlösung im konkreten Streitfall, wenn sich unterschiedliche Interessen schier unüberwindbar gegenüberstehen. Als neutrale Dritte unterstützen Mediator(inn)en die Konfliktparteien bei der Konsensfindung. Sie verfügen jedoch über keine eigene Entscheidungskompetenz und führen anders als Richter(innen), Schlichter(innen) und Schiedsleute keinen Urteilspruch oder Kompromiss herbei, sondern schaffen die Voraussetzungen für einen Klärungsprozess, in dem die Konfliktparteien miteinander verhandeln, um zu einer für alle Seiten zumin-

dest hinnehmbaren Lösung zu kommen.

Aufgabe der Mediation ist es, alle Betroffenen zu motivieren, an den Verhandlungen teilzunehmen und die Rahmenbedingungen zu klären. Die Teilnahme ist freiwillig und jederzeit widerrufbar. Während der Mediation ist zunächst sicherzustellen, dass die Konfliktgegner(innen) ihre Argumente darlegen können und die Argumente der anderen Konfliktparteien kennen lernen. Dann werden Handlungsspielräume für mögliche Problemlösungen ausgelotet. Im günstigen Fall kommt es zu einem einvernehmlichen Lösungskonzept, das die Zustim-

mung aller findet. Dies kann auch in Form von Paketlösungen mit Kompensationsregelungen erfolgen, die aber transparent, sozial- und umweltverträglich sein müssen.

Die Beteiligten sind Mitwirkende an einer Problemlösung, die sie auch mitverantworten müssen. Angestrebt wird eine für beide Seiten Vorteile bringende Lösung (»win-win«-Situation). Die Ergebnisse von Mediationsverfahren sind freiwillige Vereinbarungen oder Vorschläge für entsprechend legitimierte Entscheidungsinstanzen.

Ein vertiefender Aufsatz zur Theorie und Entwicklung von Mediation und anderen Verfahren zur einvernehmlichen Regelung von Konflikten von Thomas Trenczeck unter dem Titel »Konfliktmanagement in der Bürgergesellschaft« ist auf der Internetseite der Stiftung MITARBEIT www.wegweiser-buergergesellschaft.de/politische_teilhabe/modelle_methoden/beispiele/konfliktmanagement.pdf zu finden.

vgl. auch Reinhard Sellnow: Mediation, in: Stiftung MITARBEIT/Agenda-Transfer (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2003.

WAAGE Hannover e.V.

Konfliktvermittlung vor Ort

Ein Modellbeispiel für die Konfliktvermittlung vor Ort ist der Verein WAAGE Hannover e.V., dessen Arbeit im Rahmen der letztjährigen Loccum-Tagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung« vorgestellt wurde. Der Verein wurde 1990 mit dem Ziel gegründet, ein sozialraumnahes Angebot der außergerichtlichen Konfliktvermittlung anzubieten.

Jeder Bürger und jede Bürgerin kann sich unmittelbar an die WAAGE mit der Bitte um Konfliktvermittlung wenden. Dies gilt insbesondere in den klassischen Nachbarschaftsstreitigkeiten und Konflikten im sozialen Nahraum (z.B. in der Familie, der Schule, der Gemeinde), seien sie strafrechtlich relevant oder noch im vorstrafrechtlichen Bereich (z.B. in Mietsachen, bei Konflikten am Arbeitsplatz, in Schulen und öffentlichen Einrichtungen).

Die Mitglieder der WAAGE kommen aus den Bereichen der Justiz und Rechtsanwaltschaft, (Sozial-)Pädagogik, Polizei, Schule und Wirtschaft.

Das Besondere dieses gemeinnützigen Mediationsangebotes ist, dass es zum Teil aus dem freiwilligen Engagement ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger basiert. Diese ehrenamtlich tätigen Vermittler(innen) haben eine intensive Zusatzausbildung erhalten, vergleichbar der Qualifizierung hauptamtlichen Mediator(inn)en. Sie sind in die Fortbildung und supervisorischen Praxisbegleitung des Gesamtteams der WAAGE eingebunden. Der Einsatz der ehrenamtlichen Vermittler(innen) findet in einem von der WAAGE koordinierten Vermittlungsmodell ehrenamtlicher Co-Mediation statt. Ziel ist es, die Konfliktvermittlung im sozialen

Nahraum weitgehend kostenfrei (nur Aufwendungs pauschale) anzubieten, um allen Bevölkerungsgruppen einen Zugang zu einer institutionalisierten Konfliktregelung durch ein qualitativ hochwertiges Mediationsangebot zu ermöglichen. Streitparteien erhalten eine zusätzliche Alternative, um vor dem Beschreiten des Klageweges eine konsensorientierte Lösung ihres Konfliktes zu versuchen.

Damit wird auch jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin darin gestärkt, Verantwortung zu übernehmen und einen konkreten Handlungsansatz zur Prävention zu leisten. Durch die Erfahrung konstruktiver Kommunikations- und Konfliktregelungsmechanismen wächst das Vertrauen in die eigene Konfliktregelungskompetenz. Die Beteiligten eines Konflikts können künftig selbstständig und angemessen mit dieser Situation umgehen.

Nähere Informationen bei WAAGE Hannover e.V., Lärchenstraße 3, 30161 Hannover, Telefon (05 11) 3 88 35 58, Internet: www.waage-hannover.de

Forum für Querdenker(innen)

Zum siebten Mal treffen sich bei der Sommer-Akademie für politische Quer-Denker(innen) und Quer-Tuer(innen) (9. bis 14. Juli 2005 in Bad Honnef nahe Bonn) renommierte Autoren, kreative Sozialwissenschaftler, alternative Ökonomen, Initiatoren von Initiativen und (Modell-)projekten, engagierte Nachwuchsdenker und viele Mitdenker, um ihre Visionen und Ideen vorzustellen und zu diskutieren. Die Teilnehmer/innen können die ihnen

wichtigen Themen in eigenen Workshops vorstellen und diskutieren, neue Netze knüpfen, Ideen testen und Projekte weiterentwickeln. Die diesjährige Akademie wird veranstaltet von der Stiftung MITARBEIT, dem Kath. Sozialen Institut und der Initiative Zukunft.

Nähere Informationen bei Ludwig Weitz (weitz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle oder unter www.mitarbeit.de/seminar_querdenker.html

Demokratie in einer globalisierten Welt

Um »Demokratie in einer globalisierten Welt« geht es bei der Jahrestagung von *Mehr Demokratie e.V.* (10. bis 12. Juni 2005 in Eisenach), die in Kooperation mit der Stiftung MITARBEIT durchgeführt wird. Nationalstaatliche Demokratien stoßen an Grenzen. Gleichzeitig haben sich auf wichtigen Gebieten, wie der Armutsbekämpfung, der Friedenssicherung, der Korruptionsbekämpfung, des Umweltschutzes und der Menschenrechte international agierende, gemeinwohlorientierte Gruppie-

rungen gebildet. Ihre Legitimation schöpfen die NGO's vor allem aus den Inhalten und Werten ihrer zivilgesellschaftlichen Wurzeln. Entsprechend selbstbewusst treten diese Organisationen auf internationalem diplomatischen Parkett auf.

Können sie nationalstaatliche Demokratien wirksam ergänzen, und (wie) kann Demokratie auf globaler Ebene entwickelt werden?

Nähere Informationen bei Adrian Reinert (info@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Neue Vorsitzende des Stiftungsrates

Die Stiftung MITARBEIT hat eine neue Stiftungsratsvorsitzende. Auf seiner turnusmäßigen Sitzung wählte der Stiftungsrat Birgit Moos-Hofius zu seiner Vorsitzenden. Die Frankfurter Organisationsberaterin und Kommunikationstrainerin löst Dr. Diemut Schnetz ab, die nach zwei Amtsperioden in das Kuratorium wechselt.

Neu in den Stiftungsrat wurden gewählt Prof. Dr.-Ing. Bettina Oppermann (Universität Hannover), Dr. Rudi Piwko (Geschäftsführer der Socius gGmbH) und Andrea Wagner (freiberufliche Moderatorin).

Als Stiftungsrat bestätigt wurden Michael Lingenthal (Konrad-Adenauer-Stiftung, Caracas), Dr. Henning von Vieregge (Hauptgeschäftsführer Gesamtverband Kommunikationsagenturen) und Ansgar Wimmer (Vorstand der Alfred Toepfer Stiftung). Marianne Birthler (Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR) scheidet aus dem Stiftungsrat aus und wechselt ins Kuratorium.

Neu ins Kuratorium wurden Sibylle Laurischk (MdB) und Dr. Wolf Schmidt (Vorstand der Körber-Stiftung) gewählt. Als Kuratoren bestätigt wurden Prof. Dr. Helmut Anheier (Center for Civil Society, University of California, Los Angeles, School of Public Policy and Social Research), Msgr. Dr. Karl-Heinz Ducke (Pfarrer), Prof. Dr. Helmut Klages (Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer), Eberhard Köhler (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin), Christine Lieberknecht (Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag), Fritz Pleitgen (Intendant des Westdeutschen Rundfunks), Karl Heinz Potthast (Landeskirchenrat a.D.), Dr. Henning Scherf (Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Präsident des Senats), Renate Schmidt (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Prof. Dr. Uwe Thaysen (Universität Lüneburg) und Beate Weber (Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg).

Seminar

Das liebe Geld

Fundraising, das Beschaffen von Geld und Arbeitszeit, ist harte Arbeit, die aber dennoch viel Freude bereiten kann. Voraussetzung ist, dass Fundraiser die grundlegenden Prinzipien und Techniken der Geldbeschaffung kennen: Fundraising heißt Beziehungen aufbauen, kommunizieren, Sinn und Vision vermitteln.

Das Seminar »Fundraising im Nonprofitbereich« (17. bis 19. Juni 2005 in Bielefeld) wendet sich an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit unzureichenden Finanzmitteln arbeiten müssen und nach methodischen Hilfen für die Geldbeschaffung suchen. Vermittelt werden Kenntnisse des Fundraisings bei Privatpersonen: Spendenbrief, telefonische Spendenwerbung, Straßenarbeit und Einzelgespräch. Den Schwerpunkt des Seminars bilden praktische Übungen.

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit Mehr Demokratie e.V. statt.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion & Layout:
Hanns-Jörg Sippel

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
D-53111 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Stojan Gugutschkow, Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:
Birgit Moos-Hofius
Geschäftsführer: Dr. Adrian Reinert

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.